

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Robert Antretter MdB, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der WEU und Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion, fordert einen WEU-Beitrag zur Selbstbehauptung Europas: Amerikanische Herausforderung annehmen. Seite 1

Herbert Bermeitinger, Sprecher der SPD-Ländtagsfraktion Rheinland-Pfalz und Mitglied der Jury des Fritz-Sänger-Preises, befaßt sich mit Geißlers Ausfällen: Erst gegen die Publizistik, dann gegen die SPD. Seite 3

Dietrich Sperling MdB setzt sich mit Forderungen auseinander, die Wohnungsbaupolitik in die Kompetenz der Länder zu übernehmen: Koordination auf Bundesebene erforderlich. Seite 5

40. Jahrgang / 94

20. Mai 1985

Amerikanische Herausforderung annehmen

WEU-Versammlung muß Beitrag zur Selbstbehauptung Europas leisten

Von Robert Antretter MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der WEU
Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Das Ergebnis der Ministerratssitzung der WEU in Bonn war zwiespältig und unbefriedigend. Deshalb muß die nun in Paris zusammengetretene Parlamentarische Versammlung einen Beitrag zur Selbstbehauptung Europas leisten.

Wir Sozialdemokraten begrüßen die Bildung eines Instituts für Rüstungskontrolle und Abrüstung in der WEU-Organisation, weil dies auch den Willen deutlich macht, amerikanischer Hegemonie Widerstand zu leisten. Wir müssen aber Bedenken anmelden, wenn Bundesaußenminister Genscher wieder einmal mit dem Schlagwort von der "Zweibahnstraße" bei der Rüstungskooperation zwischen USA und Westeuropa mehr Wunschtraum als Realität beschrieben hat.

Tatsache ist doch, daß für je sieben Dollar, mit denen die westeuropäischen NATO-Staaten Rüstungsgüter in den USA kaufen, die USA umgekehrt nur für einen Dollar Rüstungsgüter in Westeuropa kaufen. Deshalb brauchen wir zunächst eine verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen NATO-Staaten untereinander, damit wir auch rüstungstechnologisch aufholen und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden. Die "neue WEU", von der Genscher schwärmt, muß die amerikanische Herausforderung offensiv annehmen. Sie darf nicht einfach jene "Europäische NATO" sein, die, geht es nach dem zynischen Diplomaten Henry Kissinger, die Verteidigung des europäischen Kontinents "selbst in die Hand" nehmen soll. Die "militärische Machtenteilung", so ein ständiges Argument, müsse endlich fair geregelt werden. Das heißt ja

wohl im Klartext, daß wir Westeuropäer noch mehr für die Rüstung zahlen und unsere sozialen Leistungen noch stärker kürzen sollten.

Solche "rüstungspolitische Kooperationen" sehen wir Sozialdemokraten natürlich kritisch. Unsere skeptische Haltung wurde durch den jüngsten Skandal um die Einführung des amerikanischen Freundfeinderkennungssystems bestärkt. Andererseits müssen wir in der WEU sehr aufpassen, daß die "Europäisierung der Sicherheitspolitik" nicht dazu mißbraucht wird, einen neuen Aufrüstungswettbewerb zur dritten "Supermacht Europa" zu starten. Wir Sozialdemokraten sind deshalb dafür, daß die französischen Vorschläge zu einer intensiven technologischen Zusammenarbeit der Westeuropäer, die Präsident Mitterrand nach der WEU-Tagung und beim Wirtschaftsgipfel noch einmal eindringlich erneuert hat, positiv aufgegriffen und jetzt nachdrücklich verfolgt werden. Auch das Programm der neuen EG-Kommission zielt in diese Richtung.

Was die amerikanische strategische Verteidigungsinitiative (SDI) an konkreten Forschungsergebnissen bringen wird, vermag heute niemand zu sagen; von den militärstrategischen Risiken ganz abgesehen. Deshalb tun wir gut daran, zurückhaltend zu bleiben und weiterhin für eine gemeinsame Antwort der Europäer in WEU und EG zu arbeiten. Die Westeuropäer müssen genug finanzielle Ressourcen einsetzen, um notwendige Verbesserungen der konventionellen Verteidigungsfähigkeit in der NATO zu schaffen. Daher rät sogar General Rogers den Europäern, von einer massiven Beteiligung am SDI-Programm Abstand zu nehmen.

Zur Selbstbehauptung Europas gehört allerdings, daß wir uns gegen die Einschränkungen des Technologie-Transfers durch die Amerikaner entschieden zur Wehr setzen. Restriktionen des Handels mit Osteuropa und Protektionismus zur Abschottung des eigenen Binnenmarktes müssen ebenfalls in der WEU zur Sprache gebracht werden. Wenn Versammlung und Rat eng zusammenarbeiten, kann die neue Vitalität der WEU friedenspolitisch fruchtbar werden. Alle Versuche, eine europäische Atommacht aufzubauen, stoßen allerdings auf unseren Widerstand. Es bedarf parlamentarischer Kontrolle und weiterer Demokratisierung der Sicherheitspolitik, wenn die WEU tatsächlich "eine eigenständige europäische Kraft zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses" (Genscher) werden soll.

(-/20.5.1985/rs/ks)

+ + +



Geißler denunzierte Publizistik und SPD

Zuerst waren die Medien, dann die Sozialdemokraten Ziel seiner jüngsten Ausfälle

Von Herbert Bermeitinger
Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz
Mitglied der Jury des Fritz-Sänger-Preises

Zur gleichen Zeit, da in Nürnberg die deutschen Sozialdemokraten das hervorragend gelungene Friedensgespräch zum 8. Mai 1945 führten, rüstete sich der CDU-Generalsekretär und noch amtierende Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heinrich Geißler, zur Attacke auf die SPD. Der Angriff gipfelte in dem Vorwurf, die SPD sei anti-amerikanisch und pro-sowjetisch, denn sie "kriminalisiere" die Politik der Vereinigten Staaten und verharmlose die der Sowjetunion.

Wie gesagt: an diesem Tage war die SPD dran, denn der 12. Mai stand ins Haus, der Tag der Nordrhein-Westfalen-Wahl. Aber die Denunziation der Kritiker der Reagan-Politik mit praktisch den gleichen Worten, hatte Geißler schon Mitte April eingeleitet.

Weite Teile der Publizistik, so Geißler damals, seien daran schuld, daß die CDU die "Meinungsführerschaft" in Sachen Weltraumrüstung verloren habe. Diese Publizistik neige zur "politischen Kriminalisierung" der USA und zur "Verhamlosung" der Sowjetunion. Dazu "Die Zeit" Ende April: "Da haben wir sie also wieder, die geistigen Verführer in den Medien, die immer daran schuld sind, wenn etwas anders läuft als gewünscht - diesmal in der Kontroverse um den 'Krieg der Sterne', den man übrigens nicht so nennen darf...".

Wenig später griff Geißler wiederum in den gleichen Zettelkasten für geplante Denunziation: die SPD war dran und soll in dieser Weise bis 1987 wohl auch dran bleiben. Zumindes hat er das "Bild" so verrotten und dabei gleich auch noch darauf verwiesen, daß seine Familie in der NS-Zeit zu leiden gehabt habe. Als ob Willy Brandt, als er sich gegen die Geißler-Hetze vor einem Millionenpublikum wehrte, Geißler einer persönlichen NS-Vergangenheit geziehen hätte. Natürlich ist Heinrich Geißler kein Josef Goebbels. Aber in der sorgfältig geplanten Diffamierung (oder gar "Kriminalisierung"?) andersdenkender Journalisten und Politiker hat Herr Geißler Methoden nach fragwürdigen Vorbildern entwickelt.



Man kann, aber man muß nicht nur an NS-Methoden denken. Wer die Nachkriegszeit aufmerksam verfolgte und nicht vergessen hat, findet negative Beispiele auch innerhalb des Spektrums der Union. "Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau" plakatierte die CDU schon vor mehr als 30 Jahren. Und der DP-Bundestagsabgeordnete Schneider (Bremerhaven) sah, als er zur SPD und Herbert Wehner hinblickte, die "Kremltürme" vor seinem geistigen Auge auftauchen. Die Beispiele wären beliebig zu verlängern, vor allem um die rüde Diffamierung Willy Brandts, die sich in neonazistischen Publikationen nicht anders ausnahm als in denen der Unionsparteien.

Was an den Denunziationen des Heinrich Geißler am meisten an die parteipolitischen Hetzaktionen der Nazis vor 1933 erinnert, ist dies: daß es sich niemals um plötzliche Entgleisungen oder Überspitzungen, sondern stets um wohlvorbereitete Verleumdungen handelt, denen dann das Mäntelchen der Spontanität umgehängt wird. Selbst die "Schmerzgrenze" scheint getestet zu sein. Das ist nicht Geißlers Erfindung. Das ist gegen die "Systemparteien" vor 1933 ausprobiert worden. Das kann natürlich alles auch nur Zufall sein.

Diffamierte und denunzierte Journalisten und Politiker sollten gleichwohl wieder zur Tagesordnung übergehen. Geißler, in Zeiten der sozialliberalen Koalition auch Erfinder von "Rentenlüge" und "Mietenlüge", hat am 12. Mai schließlich von den Wählern des einwohnerreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen eine Quittung erhalten, wie sie deutlicher nicht ausfallen konnte. Die politische Verleumdungs-Semantik hat die Wähler ebenso wenig beirrt wie die versuchte Umfunktionierung von Weltwirtschaftsgipfel und Staatsbesuch zum Wahlkampfbeitrag des CDU-Vorsitzenden und Kanzlers.

Im übrigen: Da der CDU-Vorsitzende Kohl in der Vorsitzendenrunde im Fernsehen dem Herrn Geißler bescheinigte, doch nur "seine Pflicht" zu tun, wird sich die Aufmerksamkeit ohnehin mehr Chef Kohl als seinem pflichterfüllenden Sekretär zuwenden müssen. (-/20.5.1985/rs/ks)

+ + +



Bauen in Länderkompetenz?

Anmerkungen zu einer Forderung der Ministerpräsidenten

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

„Wohnen“ ist ein Lebensbereich, der für jeden einzelnen nach dem „Arbeiten“ eine sehr hohe Bedeutung hat und der gleichzeitig in viele einzelne Rollen und Problemstellungen zerfällt: Mieten und Vermieten; Planen und Bauen; Finanzieren und Besitzen; Arbeit durch Bauen; Ver- und Entsorgung; Umgebung und Wohnumfeld als Faktor der Qualität des Wohnens; Verkehrserschließung und -wege spielen eine Rolle.

Entsprechend viele Politikbereiche sind berührt und bestimmen über das Wohnen mit. Sie sind aufgeteilt in viele Zuständigkeiten und Ressorts und verteilt auf alle föderalen Ebenen.

Auf Bundesebene gibt es vier für das Bauen und Wohnen unmittelbar wichtige Zuständigkeiten:

- das allgemeine Steuer- und die speziellen steuerlichen Förderungsrechte,
- das Mietrecht,
- das Bau- und Planungsrecht,
- die direkten Förderungen: die Städtebauförderung, den sozialen Wohnungsbau, das Wohngeld.

Es kann nicht die Rede davon sein, daß die Zuständigkeitsverteilung auf die staatlichen Ebenen und auf Seiten des Bundes auch innerhalb der Bundesregierung den gesellschaftlichen Problemlagen beim Bauen und Wohnen angemessen ist. Sie sind eher historisch zufällig gewachsen und folgen nicht den Problemzusammenhängen.

Nun steht möglicherweise eine gewichtige Änderung bevor: Die Ministerpräsidenten der Länder wollen vom Bund die volle Zuständigkeit für die Städtebauförderung und das dazugehörige Gesetz, das Städtebauförderungsgesetz und im nächsten Schritt wohl auch die Zuständigkeit für die direkte Wohnungsbauförderung übernehmen.



Die Frage lautet: Verbessert dies die Qualität der politischen Regelungen im gesellschaftlichen Problembereich Wohnen? Sozialdemokraten sollten sich diese Frage sehr gut überlegen, denn Bauen und Wohnen ist ein Feld mit sozialdemokratischen "Kompetenzvorteilen" gegenüber der politischen Konkurrenz, das man auf Bundesebene nicht ohne Not räumen sollte.

Die Forderungen der Länder stellen in ihrer Konsequenz die Existenz des Bauministeriums auf Bundesebene in Frage. Das mag angesichts der aktuellen Politik und angesichts des derzeitigen Ministers kein Schaden sein, aber es gibt auch strukturelle Folgen.

Der Bauminister auf Bundesebene hat einige wichtige Mischfinanzierungszuständigkeiten: Stadtsanierung, Stadterneuerung, Neubauförderung und Wohngeld. Gleichzeitig ist er eine Art politischer Agentur für den wichtigen Lebensbereich Bauen und Wohnen in all seinen Facetten. Er bringt diesen Aspekt gebündelt in Entscheidungen der Bundesregierung ein, die oft das Wohnen betreffen, aber unter anderen Zielsetzungen stehen. Wichtigstes Beispiel: In ihrer Auswirkung für das Bauen und Wohnen wichtiger als die direkten Förderungen ist die Ausgestaltung des Steuerrechtes - von den Bauherrenmodellen über den "7 b" bis hin zu den Abschreibungsmöglichkeiten für Heizenergie sparende Maßnahmen.

Wenn es auf Bundesebene keine Stelle mehr gibt, die das wohnungspolitische Interesse artikuliert und vertritt, fällt dieser Bereich noch stärker der fiskalischen Borniertheit des Finanzministers zum Opfer als es ohnehin der Fall ist.

Absehbare Folge: Fehlentwicklungen und neue Probleme, die die Länder dann als alleinig "zuständige" dann mit hohem Aufwand ausbügeln müssen. Die Koordination auf Bundesebene ist immer noch besser und wirksamer als die Abstimmung zwischen Bund und Ländern, zumal dann, wenn unmittelbare Ansprechpartner zwischen Bund und Ländern für einen solchen Problembereich fehlen.

Deshalb sollten sich die Länder genau überlegen, ob sie sich langfristig wirklich einen Gefallen damit tun, Bauen und Wohnen dem Bund formal wegzunehmen.

Aus sozialdemokratischer Sicht spricht wenig dafür.

(-/20.5.1985/rs/ks)

+ + +

